

# SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

## IN DIESEM HEFT:

- Unterstützung für Menschen mit Behinderung
- Preisvorteil: Exklusive Angebote für ÖGB-Mitglieder
- Pausen richtig machen



## Leben in Unsicherheit

Die Pläne der Regierung für Mindestsicherung und Notstandshilfe führen zu existenziellen Problemen, Alters- und Kinderarmut.

### ARBEITERKAMMER-WAHL

Von Jänner bis April: Starkes Zeichen für eine starke AK setzen.  
Seite 10 bis 11

### FAMILIENBONUS PLUS

Kinder von NiedrigverdienerInnen gehen leer aus.  
Seite 12

### LOHN- UND SOZIALDUMPING

EuGH-Urteil erschwert Kampf für ein faires Europa.  
Seite 14

## VOR 15 JAHREN IN DER SOLI



Das Jahr 2004 brachte für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen neue Belastungen, für Unternehmen Steuersenkungen. So wurden ArbeitnehmerInnen höher besteuert, z. B. bei Urlaubs- und Kündigungsgeldern, und Pensionen verringerten sich unter anderem durch die Ausweitung des Durchrechnungszeitraumes auf bis zu 40 Jahre.

## Impressum

**Herausgeber:** Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21.

**Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf.

**Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegl. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Franz Fischill, Litsa Kalaitzis, Barbara Kasper, Friederike Scherr, Stefan Fröhlich (OÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Martina Steiner-Riolo (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Philip Vondrak (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artdirektion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun. **Titelbild:** Adobe Stock. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr.: 0046655

## Adressänderungen

**Tel.: 01/534 44-39100**  
oder unter [service@oegb.at](mailto:service@oegb.at)

**i-move.at**

## Fachkräftestipendium bleibt



**DAS FACHKRÄFTESTIPENDIUM** ermöglicht Arbeitssuchenden und Beschäftigten, einen neuen Beruf zu erlernen.

Damit haben ÖGB und AK eine wesentliche Forderung durchgesetzt, denn die Regierung wollte das Fachkräftestipendium eigentlich abschaffen. Nun ist die Liste der möglichen Ausbildungen sogar erweitert worden. Insgesamt sinkt das Förderbudget des Arbeitsmarktservice (AMS). Gute Arbeitsmarktpolitik bräuchte aber mehr Ressourcen sowohl beim Personal als auch beim Förderbudget. Derzeit herrschen Hochkonjunktur und vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit – das wäre der richtige Zeitpunkt, um in Qualifizierung und aktive Arbeitsmarktpolitik zu investieren, statt das AMS-Budget zu kürzen.

## Mangelberufsliste wächst



**FÜR „MANGELBERUFE“** interessieren sich nicht genügend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit

Unternehmen dennoch qualifizierte Arbeitskräfte finden, gibt es für gelernte Fachkräfte außerhalb der EU die Möglichkeit, in diesen Berufen in Österreich zu arbeiten. Bisher waren das 27 Berufe, nun hat die Bundesregierung auf 45 erweitert – und zusätzlich gibt es noch regionale Mangelberufe. Ziel sollte aber eigentlich sein, in die Ausbildung der Arbeitslosen in Österreich zu investieren und die Arbeitsplätze interessanter zu gestalten, statt neue Arbeitskräfte aus Drittstaaten zu holen und damit den Lohndruck zu erhöhen. Aber offensichtlich will die Regierung nicht die besten Köpfe, sondern die billigsten.

## GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

*»Ein zu hoher Mindestlohn führt nicht dazu, die Armut zu verringern, sondern verschärft diese erst recht. Ein Hauptgrund für Armutsgefährdung ist es nämlich, gar keine Arbeit zu haben.«*

*Monika Köppl-Turyna, Ökonomin der Denkfabrik Agenda Austria, in einem Kommentar der Tageszeitung „Der Standard“*



**So einfach ist es** offensichtlich aus der Sicht derjenigen, die immer schon die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen als „Gift für die wirtschaftliche Entwicklung und den Standort“ gesehen haben. Anders ausgedrückt: Wer ein Einkommen zum Auskommen will, sollte es sich zweimal überlegen, ob er/sie überhaupt einen Arbeitsplatz will. Die Argumentation von Monika Köppl-Turyna kann auf die Spitze getrieben werden und heißt: Jeder ist seines Glückes Schmied. Notfalls mit einem Arbeitsplatz und einem Einkommen, mit dem sich längstens bis zum 20. eines Monats leben lässt. Solch zynische Aussagen können nur von Personen kommen, die keine Ahnung vom (Über-)Leben an oder unter der Armutsgrenze haben. Und das dürfte auf die Agenda Austria zutreffen. Zu ihrem Fördererkreis zählen nämlich Banken, Stiftungen und große Konzerne, ebenso wie reiche Privatpersonen.

© photocase/bastografie

## „PRÄSENTISMUS“ – KRANK IN DIE ARBEIT



© Adobe Stock

**Krank arbeiten** gehen schadet der eigenen Gesundheit und den KollegInnen – und trotzdem arbeiten viele Beschäftigte auch bei Krankheit weiter. Eine neue Studie der AK Oberösterreich bestätigt, dass Rücksicht auf KollegInnen und Angst vor

Nachteilen die Hauptgründe für diesen „Präsentismus“ sind. So liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Krankenstandstag am Arbeitsplatz verbracht wird, bei 52,2 Prozent. Jede/r Zweite nimmt zumindest manchmal sogar Medikamente, um arbeiten zu können – jede/r Fünfte tut das sogar oft. Mehr als 13 Prozent ignorieren oft oder manchmal die ärztliche Krankschreibung. AK-Oberösterreich-Präsident Johann Kalliauer fordert, dass das Phänomen Präsentismus bei betrieblichen Gesundheitsprojekten stärker in den Fokus gerückt und auf ausreichend Personal geachtet wird, damit der Arbeitsdruck nicht noch mehr wird.

## PFLEGE: REGIERUNG WILL BILLIGE ARBEITSKRÄFTE STATT QUALITÄT

**Die Regierung will** die Pflege reformieren und präsentierte Anfang Dezember ihren „Masterplan“ dazu. Forciert werden soll die Pflege daheim statt die stationäre. Heftige Kritik kommt von der Gewerkschaft vida: Pflege, ob im stationären oder mobilen Bereich, kann nur von qualifiziertem und bestens ausgebildetem Personal durchgeführt werden. „Der Trend der Zukunft kann kein Mini-Pflegeheim mit unqualifiziertem Personal sein“, sagt Willibald Steinkellner, stv. Vorsitzender der Gewerkschaft vida. Ebenso bedenklich sieht der Gewerkschafter die Ankündigung der Regierung, das Freiwillige Soziale Jahr auf den Bereich der häuslichen Betreuung auszuweiten. Statt billigeren Arbeits-



© Adobe Stock

kräften braucht es faire Entlohnung und beste Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen im Pflegebereich.

<https://bit.ly/2RK1wWw>

## „GUTES LEBEN FÜR ALLE STATT PROFIT FÜR WENIGE“

**Zum vierten Mal** fand der Kongress des IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund) statt. Über 1.200 GewerkschafterInnen aus mehr als 130 Ländern tagten unter dem Motto „Building Workers' Power: Die Regeln neu festlegen“ in Dänemark. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian betonte dabei: „Wir müssen

jene stoppen, die auf Kosten der Allgemeinheit wirtschaften, und jene Sektoren entlasten, die für gute Arbeit und Wohlstand sorgen. Kurz gesagt: Wir müssen die digitalen Goldgräber dazu bringen, nach den Regeln zu spielen.“ Mehr Infos zum IGB-Kongress finden Sie unter: <https://bit.ly/2BPjZMb>

**WOLFGANG KATZIAN,**  
ÖGB-Präsident, über  
künftige Herausforderungen

### WIR KÄMPFEN WEITER!



Das Jahr 2018 war für die Gewerkschaften voll mit großen Herausforderungen: Die Einführung des 12-Stunden-Tags und der 60-Stunden-Woche, die Zerschlagung der Sozialversicherung, die Pläne für die Verschlechterungen von Mindestsicherung und in weiterer Folge zur Abschaffung der Notstandshilfe und weitere Vorhaben beziehungsweise Gesetze der Bundesregierung haben uns auf Trab gehalten.

So wird es auch weitergehen. Arbeits- und Sozialrechte sind in Gefahr, der politische Druck auf hart erkämpfte Rechte der ArbeitnehmerInnen steigt. Stück für Stück wird versucht, die Mitbestimmung zu untergraben. Prekäre Arbeit nimmt ständig zu – immer mehr Menschen werden ihre Rechte auf ordentliche Gehälter

*»Schwierige Zeiten verlangen  
Solidarität.«*

und Löhne, auf gute Arbeitsbedingungen und auf ihre Mitbestimmung vorenthalten. Das alles vor dem Hintergrund einer Sozialpartnerschaft, die zunehmend schwieriger wird, weil keine Verhandlungen und somit auch keine gemeinsamen Positionierungen mit der Wirtschaftskammer möglich sind. Sie wendet sich wie die Industriellenvereinigung direkt an die Regierung, ArbeitnehmerInnen werden nicht eingebunden.

Schwierige Zeiten verlangen Solidarität. Unsere Kraft ist über Branchen und Betroffenheiten hinweg bei all den Protesten gegen den 12-Stunden-Tag und bei den Warnstreiks im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst deutlich spürbar geworden. Das verdient auch einmal ein herzliches Dankeschön! Die Gewerkschaften werden auch weiterhin mit geeinten Kräften für eine starke ArbeitnehmerInnenstimme kämpfen. In Österreich, in Europa und weltweit.



# Angst vor den Plänen der Regierung

Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung: Die Pläne der Regierung verheißen nichts Gutes. Wird die Notstandshilfe abgeschafft und in das Arbeitslosengeld eingegliedert, stehen 121.000 arbeitslose Menschen zusätzlich ohne Versicherungsleistung da. Es drohen existenzielle Probleme, Alters- und Kinderarmut.

**D**ie ÖVP/FPÖ-Regierung hat Ende November ihr Paket zur neuen Mindestsicherung präsentiert. Diese soll österreichweit einheitlich werden und MigrantInnen schlechterstellen, zudem wird künftig für die Mindestsicherung jedes Vermögen über 5.200 Euro angerechnet. Die Regierung behauptet, damit für „mehr Fairness“ zu sorgen. Tatsächlich

aber werden die Pläne der Regierung verheerende Folgen haben: Neben existenziellen Nöten wird es zu einem Anstieg der Alters- und Kinderarmut kommen. Denn was die Regierung bei ihrer Ankündigung, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, verschweigt, ist, dass laut Regierungsprogramm auch die Notstandshilfe abgeschafft und ins Arbeitslosengeld eingegliedert werden soll. Die Folge wäre, dass Menschen,

die lange arbeitslos sind, direkt in die Mindestsicherung rutschen statt wie bisher in die Notstandshilfe. Statt einigen wenigen, die die Regierung ohnehin als Feindbild auserkoren hat, sind dann nämlich alle betroffen – vor allem ÖsterreicherInnen. Rund 80 Prozent der NotstandshilfebezieherInnen sind österreichische StaatsbürgerInnen. In Summe ergeben diese von der Regierung geplanten Maßnahmen

(Kürzung der Mindestsicherung plus Abschaffung der Notstandshilfe) ein Armutspaket für Österreich - die österreichische Variante von Hartz IV. In Deutschland hat Hartz IV dazu geführt, dass der Billiglohnsektor massiv ausgebaut wurde und immer mehr Menschen mit Niedriglöhnen auskommen müssen. Außerdem ist die Armut stark angestiegen. Das Land hat heute die höchste Armutsgefährdungsquote unter Arbeitslosen in der gesamten EU.

### **Es kann jede und jeden treffen**

„Mit dem Thema Mindestsicherung will die Regierung offensichtlich Stimmung gegen Geflüchtete machen. Aber spätestens wenn die Notstandshilfe, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, abgeschafft wird, werden immer mehr Menschen, egal welche Staatsbürgerschaft sie haben, in die

Mindestsicherung gezwungen“, kritisiert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Wer dennoch glaubt, von den Kürzungen nicht betroffen zu sein, der irrt. Denn vor Arbeitslosigkeit ist niemand sicher.

950.000 Menschen – also fast ein Drittel aller Beschäftigten in Österreich – sind einmal im Jahr arbeitslos. Wird die Notstandshilfe abgeschafft, stehen 121.000 Menschen zusätzlich ohne Versicherungsleistung da. Neben älteren Personen, die besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und Menschen mit Behinderung, die oft sehr lange für die Arbeitssuche brauchen, würden vor allem auch Menschen leiden, die lange gearbeitet haben, bevor sie arbeitslos geworden sind. Sie bekommen künftig statt der Notstandshilfe, für die sie jahrelang Versicherungsbeiträge eingezahlt haben, nur mehr die Mindestsicherung als So-

zialeistung. Diese beträgt dann maximal 863 Euro für Einzelpersonen. Dazu kommen Einbußen in der Pension, weil keine Zeiten für die Pension wie beim Arbeitslosengeld oder der Notstandshilfe erworben werden. Doppelt bitter für Frauen, die ohnehin besonders von Altersarmut betroffen sind: Neben den Pensionseinbußen bedeutet ein Abrutschen in die Mindestsicherung für sie, dass das Partnereinkommen wieder angerechnet wird – bei der Notstandshilfe wurde das erst Anfang Juli 2018 abgeschafft. Statt eigenständig zu sein, wären sie wieder vom Geld des Partners abhängig.

### **(K)ein Interesse an Integration?**

Die Regierung will jedoch nicht nur die Notstandshilfe abschaffen, sondern auch bei der Mindestsicherung sparen. Wer nicht ausreichend Deutsch kann, bekommt um 300 Euro

## FAKTENCHECK

### **Arbeitslosengeld: Was ist das?**

Jede/r ArbeitnehmerIn, der/die über der Geringfügigkeitsgrenze (2018: 438,05 Euro) verdient, ist in der Arbeitslosenversicherung versichert. Aus dieser erhält er/sie bei Jobverlust unter bestimmten Voraussetzungen eine Geldleistung in Höhe von 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Anspruch hat grundsätzlich jede Person, die

- ▶ arbeitslos, arbeitswillig und arbeitsfähig ist,
- ▶ der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht,
- ▶ zur Aufnahme einer Beschäftigung in einem bestimmten Mindestausmaß (mind. 20 Wochenstunden, Ausnahmen bei z. B. Kinderbetreuung) bereit ist,
- ▶ eine gewisse Mindestbeschäftigungsdauer nachweisen kann und
- ▶ die maximale Bezugsdauer (mind. 20 Wochen) von Arbeitslosengeld nicht bereits ausgeschöpft hat.

### **Notstandshilfe: Was ist das?**

Die Notstandshilfe kommt dann zum Einsatz, wenn Arbeitslose keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben. Sie muss nach spätestens 52 Wochen neu bewilligt werden und kann zeitlich unbegrenzt ausbezahlt werden. Betroffene erhalten Notstandshilfe, wenn sie der Vermittlung am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Beziehenden von Notstandshilfe haben keinen Berufsschutz und müssen jede Beschäftigung in Betracht ziehen. Grundsätzlich beträgt die Höhe der Notstandshilfe zwischen 92 und

95 Prozent des Arbeitslosengeldes. Wer Notstandshilfe bezieht, ist kranken- und pensionsversichert, außerdem wird das Partnereinkommen seit 1. Juli 2018 nicht mehr auf die Höhe angerechnet.

### **Bedarfsorientierte Mindestsicherung: Was ist das?**

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ (BMS, früher Sozialhilfe) bildet das unterste soziale Netz in Österreich und wird Menschen gewährt, die für ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft nicht mehr aufkommen können. Personen, die arbeitsfähig sind, müssen ihre Arbeitswilligkeit unter Beweis stellen, sich beim AMS vormerken lassen und somit zum „Einsatz der Arbeitskraft“ bereit sein.

### **Wie viele Menschen beziehen Mindestsicherung?**

2017 haben rund 307.900 Menschen Mindestsicherung bezogen. Der Großteil bezieht eine Ergänzungsleistung. Dabei handelt es sich um Menschen, die ein geringes Einkommen (Gehalt, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe) haben, das aber nicht zum Überleben ausreicht. Dieses können sie mit einer Teilleistung aus der Mindestsicherung „aufstocken“. Die jährlichen Kosten lagen 2017 bundesweit bei knapp einer Milliarde Euro. Zum Vergleich: Insgesamt betragen die Sozialausgaben rund 110 Milliarden Euro, der Anteil für die Mindestsicherung sind 0,9 Prozent der Sozialausgaben.

weniger – also nur 563 Euro. „863 Euro liegen schon unter der Armutsgrenze. Wie soll man dann mit 563 in Würde und ohne Armut leben?“, kritisiert Achitz. Für den Erhalt der vollen Mindestsicherung verlangt die Regierung Deutsch auf B1- oder Englisch auf C1-Niveau. Das Problem dabei: Die Regierung hat die Budgetmittel für das Arbeitsmarktservice (AMS) gekürzt. Aus diesem Grund gibt es beim AMS zu wenig Deutschkurse. Das bestätigte auch AMS-Chef Johannes Kopf im Ö1-Mittagsjournal. Damit Menschen überhaupt eine Chance haben, das erforderliche Sprachniveau zu erreichen, müsse sichergestellt sein, dass die Deutschkurse in allen Regionen Österreichs auf allen notwendigen Niveaus angeboten werden, fordern die Präsidenten der Caritas und des Roten Kreuzes,  
M i c h a e l

Landau und Gerald Schöpfer. Sie betonen, dass Integration Sprachkenntnisse brauche.

### **Wohnung und Sparbuch weg**

Wird die Notstandshilfe abgeschafft, müssen etwa AutobesitzerInnen künftig ihr Auto verkaufen oder dürfen es nur behalten, wenn es für den Weg zur Arbeit unbedingt erforderlich ist. Denn im Gegensatz zur Notstandshilfe wird bei der Mindestsicherung auf das Vermögen des Beziehers/der Bezieherin zugegriffen. Maximal 5.200 Euro dürfen Betroffene dann ihr Eigen nennen. Davon betroffen ist nicht nur das Ersparnis, wie etwa ein Bau-

sparvertrag, sondern auch die eigene Wohnung oder das kleine Haus. Denn nach drei Jahren kann sich das Sozialamt ins Grundbuch eintragen lassen. Die Regelung hat auch Auswirkungen auf Personen, die nach dem Bezug der Mindestsicherung einen Job finden. Denn das Land bleibt beispielsweise bei der Wohnung im Grundbuch, bis die Unterstützung wieder zurückgezahlt wurde.

### **Kinder sind Leidtragende**

Die Mindestsicherung stellt nur einen absoluten Mindeststandard da und ist alles andere als ein Luxus. Reduziert man die Leistungen, kann man in Österreich kein menschenwürdiges Leben führen. Eine Kürzung trifft insbesondere Kinder, weil die Kinderzuschläge gekürzt werden. Für das erste

## **PLAN B LAUTET PARAGUAY**

**157.500 Menschen in Österreich haben im Jahr 2017 Notstandshilfe bezogen. Einer von ihnen erzählt im Nachrichtenmagazin „Profil“ (Nr. 49/2018) von seinen Sorgen und der Angst vor den Plänen der Regierung. So überlegt Christian N. auszuwandern, falls die Notstandshilfe abgeschafft wird und er in die Mindestsicherung rutscht.**

Der 53-Jährige ist gelernter Metallbauer, seit seiner Kündigung vor sechs Jahren arbeitslos. Über 200 Bewerbungen hat er bereits geschrieben, bekommen hat er nur Absagen. Ein Betrieb, der seit über einem Jahr einen Schlosser sucht, reagierte nicht einmal auf seine Bewerbung. „Ich habe jedes Unternehmen in der Region angeschrieben. Wenn du einmal alle abgeklappert hast, lässt die Motivation nach. Man verzweifelt mit der Zeit“, erzählt Christian N. im „Profil“. Derzeit lebt er von rund 1.000 Euro im Monat. Urlaub machen, sich die Welt anschauen oder Ski fahren, das kann er sich nicht leisten. Auch den Fußballplatz im Dorf meidet er immer öfter. Als Grund dafür nennt er Anfeindungen wie etwa „Such dir endlich eine Arbeit!“ oder „Hast noch immer nichts?“, die er immer wieder zu hören bekommt. „Es tut jeder so, als würde ihm von seinem Geld was fehlen, weil ich keinen Job habe“, sagt er.

Christian N. zählt mit seinen 53 Jahren zu der Gruppe, die es am Arbeitsmarkt besonders schwer hat. Dass er nach 32 Arbeitsjahren im Metallbau körperlich eingeschränkt ist und nur noch fünf Kilogramm heben darf, erschwert seine Lage zusätzlich. Neben dem Alter dürfte auch dieser Umstand viele Arbeitgeber abschrecken. Nun startet der Niederösterreicher einen letzten Versuch: Auf eigenen Wunsch ist er in Betreuung der Initiative 50, eines vom AMS geförderten Vereins, der Subventionen an Unternehmen zahlt, die über 50-Jährige einstellen.

Die Pläne der Regierung verfolgt der frühere Jörg-Haider-Wähler sehr genau. „Soll man von 50 bis 65 am Existenzminimum leben und wird einem dann alles, was man sich im Leben erarbeitet hat, weggenommen? Da kann ja was nicht stimmen“, ärgert er sich. Seine Ersparnisse hat er bereits aufgebraucht. Der Schätzwert seines Hauses liegt bei 140.000 Euro. Für den Fall, dass die Notstandshilfe abgeschafft wird, Christian N. in die Mindestsicherung rutscht und auf sein Vermögen zugegriffen wird, hat er einen Plan B. Und dieser heißt Paraguay oder Thailand. „Mit 140.000 Euro kann man in gewissen Ländern schon gut leben – bis zur Pension sollte es sich ausgehen.“



© Adolphe Struck

**19 PROZENT** der Kinder aus Mindestsicherungs-Haushalten können etwa keine FreundInnen nach Hause einladen oder an Schulveranstaltungen teilnehmen.

Kind gibt es noch 216 Euro, für das zweite 130 und ab dem dritten Kind nur noch 43 Euro monatlich. „Wenn das so kommt, dann können wir uns die Kugel geben“, sagt Hermann D. im Gespräch mit der Tageszeitung „Der Standard“. Seit 2010 findet Hermann nur unregelmäßig Arbeit, derzeit bezieht er Notstandshilfe. Seine Frau Denise ist in Karenz. Die Differenz zur Mindestsicherung wird auf 2.400 Euro aufgestockt. Zwischen 150 und 300 Euro pro Monat bleiben der Familie nach Abzug aller Rechnungen übrig. Davon werden Beiträge für den Elternverein und die Klassenkasse, das Mittagessen oder der Schulausflug beglichen. „Wird die Waschmaschine kaputt, bleibt die Miete für diesen Monat liegen“, erzählt Hermann.

Laut Statistik Austria können sich 38 Prozent der Kinder aus Mindestsicherungs-Haushalten keine regelmäßigen mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten, wie etwa Fußballtraining, leisten. 19 Prozent haben zu wenig Geld, um FreundInnen nach Hause einzuladen oder an Schulaktivitäten teilzunehmen, und 17 Prozent müssen

auf Sport- und Freizeitgeräte für draußen verzichten.

### **Regierung muss zurückrudern**

Als wäre die Situation für viele Familien nicht ohnehin schwer genug, sollte einer Fußnote in der Reformpräsentation der Bundesregierung zufolge ab Herbst 2019 auch der Kinderabsetzbetrag von der Mindestsicherung abgezogen werden. Das wären 58 Euro weniger pro Kind und Monat. Ab dem dritten Kind wäre dieser Abzug sogar höher als die Mindestsicherung pro Kind (43 Euro) und hätte die völlig absurde Folge, dass eine Familie mit zwei Kindern – bei völlig identen Voraussetzungen – mehr Mindestsicherung bekommt als eine Familie mit drei Kindern. Das zeigt, dass es der Regierung nicht um Armutsbekämpfung geht, sondern um Einsparungen auf dem Rücken der Ärmsten.

Nach heftiger Kritik des ÖGB und der Arbeiterkammer ruderte das Sozialministerium zurück, sprach von einem Fehler und kündigte an, dass die BezieherInnen der Mindestsicherung den Kinderabsetzbetrag doch behalten können. So oft wie die Sozialministerin ihre Meinung im vergangenen Jahr geändert hat, bleibt für die betroffenen Familien, die oft am Existenzminimum leben, zu hoffen, dass diese Ankündigung kein leeres Versprechen ist.

# 110 Mrd.

**Euro betragen die Sozialausgaben insgesamt.**

**Nur 0,9 Prozent** der Sozialausgaben werden für die Mindestsicherung aufgewendet und damit nur ein Bruchteil dessen, was etwa für die Bereiche Invalidität, Alter, Krankheit oder für Familienleistungen verwendet wird.

# 307.900

**Menschen bezogen 2017 Mindestsicherung.**

**Zwei Drittel** sind „Aufstocker“. Dabei handelt es sich um Arbeitslose, NotstandshilfebezieherInnen, Kranke, Menschen mit Behinderung oder Erwerbstätige, die ein so geringes Einkommen (Gehalt, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe) haben, dass es zum Überleben nicht reicht. Dieses können sie mit einer Teilleistung aus der Mindestsicherung „aufstocken“. 28 Prozent sind arbeitslos.

# 157.500

**Menschen bezogen 2017 Notstandshilfe.**

**Davon sind** fast 80 Prozent ÖsterreicherInnen.

# 121.000

**Personen würden im neuen System keine Leistung mehr bekommen.**

**Davon wären** auch rund 37.000 Menschen mit Behinderung betroffen. Aus der Versicherungsleistung herausfallen würden auch 6.000 Jugendliche.

# 83.818

**minderjährige Kinder leben in Haushalten mit Mindestsicherung.**

**Viele von ihnen** werden manchmal ausgegrenzt, weil sie zum Beispiel nicht an Schulveranstaltungen teilnehmen können.

## ZUM NACHLESEN

- ▶ [www.oegb.at](http://www.oegb.at)
- ▶ [Der Standard \(https://bit.ly/2QMthkh\)](https://bit.ly/2QMthkh)
- ▶ [www.diakonie.at](http://www.diakonie.at)

Demner, Melicek & Bergmann

**LEBE DAS LEBEN**

„Ois OK“ von Seiler und Speer – jetzt auf [LebeDasLeben.com](http://LebeDasLeben.com)

**IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN**

# „Geld zurück“ für Installateur aus Ungarn

ÖGB Burgenland deckt im Zuge der ungarischen Rechtsberatung schweren Fall von Lohndumping auf.



© Symbolbild, Adobe Stock

**SEIT MEHR ALS 10 JAHREN** bietet der ÖGB Burgenland eine Rechtsberatung in ungarischer Sprache an. Ungarische ArbeitnehmerInnen, die im Burgenland beschäftigt sind, haben die Möglichkeit, sich in ihrer Muttersprache arbeitsrechtlich zu informieren. Diesen Service nahm auch ein 34-jähriger Mann aus Ungarn in Anspruch, der bei einem Installationsbetrieb – mit ungarischen Geschäftsführern und ungarischen Arbeitskollegen – in Eisenstadt beschäftigt war. Er sei bei der Krankenkasse angemeldet gewesen, habe seinen ihm zustehenden Lohn korrekt auf sein Konto überwiesen bekommen.

Dann sei er vom Geschäftsführer aufgefordert worden, einen Teil seines Lohnes in bar zurückzugeben. Tue er das nicht, werde er gekündigt. Monatlich betrug die Summe zwischen 800 und 1.000 Euro. In zwei Jahren sind dem Mann geschätzt rund 15.000 Euro entgangen.

## ÖGB unterstützt Betroffenen

Solche Fälle kommen – laut ÖGB-Juristin – fast täglich in der ungarischen Rechtsberatung vor. „Diesmal gibt es aber die Chance, es auch beweisen zu können. Der Betroffene hat genaue Aufzeichnungen geführt, außerdem gibt es andere Betroffene, die als Zeugen aussagen könnten“, so ÖGB-Juristin Marta Pinkert. Ein Interventionsschreiben an die betreffende Firma ist bereits verschickt worden. Gibt es darauf keine Antwort, bleibt nur mehr der Gang vor das Arbeitsgericht. Werden von einem Unternehmen zu geringe Löhne bezahlt, sind die Strafdrohungen hoch: Bei mehr als drei MitarbeiterInnen reicht der Rahmen für die Geldstrafen im Wiederholungsfall bis zu 50.000 Euro pro ArbeitnehmerIn.

## ÖGB – UNGARISCH-SPRACHIGE BERATUNG

Mehr Informationen zur ungarisch-sprachigen Beratung und Beratung gegen Lohndumping finden Sie online unter <https://bit.ly/2UA8ZJM> und [www.facebook.com/oegb.bld](https://www.facebook.com/oegb.bld). Ein Beratungstermin kann telefonisch unter 0043 2682 770 63 oder per E-Mail unter [magyar@oegb.at](mailto:magyar@oegb.at) vereinbart werden.

**KOMMENTAR** /// Erich Mauersics, Landesvorsitzender ÖGB Burgenland

## ARBEITSZEITGESETZ: „ZURÜCK AN DEN START!“



© ÖGB Burgenland

**F**ast täglich taucht ein neuer „Einzelfall“ auf, was den 12-Stunden-Tag und die angebliche „Freiwilligkeit“ betrifft. Uns als ArbeitnehmervertreterInnen war klar, dass dieses Arbeitszeitgesetz nach nur kurzer Zeit für Negativschlagzeilen sorgen wird. So etwas passiert, wenn Gesetze gemacht werden, ohne die Betroffenen einzubinden. Dieses Gesetz wurde ausschließlich für die Industrie gemacht, für jene Konzerne, die den Kurz-Wahlkampf finanziert haben. Nicht einmal die Tourismuswirtschaft

ist damit zufrieden. Speed kills – diese Erfahrung wurde schon unter der ersten schwarzbauen Regierung gemacht. Leider wurde daraus nichts gelernt. Der ÖGB Burgenland fordert von den Gesetzgebern: Zurück an den Start!

Das Gesetz muss nicht repariert, sondern neu verhandelt werden – mit der nötigen Begutachtungsfrist und der Einbeziehung der Sozialpartner. Der ÖGB fordert alle NationalrätInnen aus dem Burgenland auf, im Parlament aktiv zu werden und sich für ein neues, gerechteres Gesetz starkzumachen. Der Erlass der Sozialministerin an die ArbeitsinspektorInnen ist nichts anderes als heiße Luft,

um die Folgen dieses Gesetzes zu vertuschen bzw. die ArbeitnehmerInnen zu beruhigen. Dazu braucht es aber mehr als die Ankündigung, schwarze Schafe streng zu bestrafen!

Was die Sozialministerin anscheinend vergessen hat: Ein verschärftes Vorgehen des Arbeitsinspektorates in diesem Fall ist gar nicht möglich. Die Behörde ist nämlich nicht für die Überprüfung von Arbeitsverträgen und Kündigungen zuständig. Sie darf auch nicht prüfen, ob eine 11. und 12. Arbeitsstunde freiwillig oder unfreiwillig zustande gekommen ist. Sie darf lediglich Übertretungen der 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche prüfen.

# AK-WAHL: DEINE ST

**Z**wischen Jänner und April wählen die österreichischen ArbeitnehmerInnen ihr ArbeitnehmerInnen-Parlament. Die Arbeiterkammer-Wahlen starten in Vorarlberg, Tirol und Salzburg zwischen Ende Jänner und Anfang Februar, den Schlusspunkt bildet die AK Steiermark. Für die Arbeiterkammern ist das eine sehr wichtige Wahl. Denn die politische Lage bleibt unsicher: Die Regierung drängt die ArbeitnehmerInnen-Vertretungen in Institutionen wie Sozialversicherung, Nationalbank oder Insolvenzentgeltversicherungsfonds zurück. Auch eine Senkung des Arbeiterkammer-Beitrags wird immer wieder diskutiert. Eine Reduktion würde den AK-Mitgliedern aber nur wenige Euro ersparen, sie aber ungleich mehr an wertvollen AK-Leistungen kosten. Und verschiedenste Umfragen zeigen: Die AK-Mitglieder sind mit ihrer AK sehr zufrieden. Es ist daher wichtig, mit einer möglichst hohen Beteiligung bei der AK-Wahl zu punkten. Die Wahlbüros in den Arbeiterkammern arbeiten bereits seit Monaten mit großem Einsatz. Nur eine starke AK garantiert eine starke Interessenvertretung. Daher: Die AK stärken, heißt, zur AK-Wahl gehen!

## Wer darf bei der AK-Wahl wählen?

Wahlberechtigt sind alle AK-Mitglieder, die am Stichtag – für Wien war das zum Beispiel der 3. Dezember 2018 – beschäftigt waren. Also ArbeiterInnen, Angestellte und freie DienstnehmerInnen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Alle anderen zählen zu den sogenannten sonstigen Wahlberechtigten. Das sind arbeitsuchende Menschen, Karenzierte, geringfügig Beschäftigte, Lehrlinge sowie Präsenz- und Zivildienstler. Sie müssen sich in die Wählerliste eintragen lassen, um von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen zu können.

## DAS LEISTET DIE ARBEITERKAMMER

DATEN UND ZAHLEN FÜR 2017

# AK

**Für jeden Euro Mitgliedsbeitrag holt die AK für ihre Mitglieder mehr als einen Euro an barem Geld retour.**



**3.700.000 MITGLIEDER**

vertreten wir Tag für Tag.

**803.000** sind vom Beitrag befreit.

Unsere Expertinnen und Experten leisteten

**2 MILLIONEN BERATUNGEN**

in den Bereichen:

Arbeit, Soziales & Insolvenz: **1.340.000**

Konsumentenschutz: **389.000**

Steuerrecht: **211.000**

Bildung: **45.000**

**TOP-ERFOLG:**

**350 MILLIONEN EURO AN NEGATIVZINSEN** müssen Österreichs Banken an KreditnehmerInnen zurückzahlen.

**85.700 RECHTSVERTRETUNGEN**

Außergerichtlich & gerichtlich

**Sie haben Rechte. Wir helfen, dass Sie auch zu Ihrem Recht kommen.**

www.arbeiterkammer.at  
Tel. 01/501 65-0

**GERECHTIGKEIT MUSS SEIN**



**DIE EXPERTINNE** DER AK haben 2017 rund zwei Millionen Beratungen durchgeführt. Beraten wird in den Bereichen Arbeits-, Sozial- und Insolvenzrecht, im Konsumentenschutz und im Steuerrecht. Für die mehr als 3,7 Millionen Mitglieder wurden in den verschiedenen Beratungsbereichen exakt 507,1 Millionen Euro herausgeholt. Stellt man die Einnahmen aus den AK-Beiträgen den Erfolgen gegenüber, die die AK 2017 für ihre Mitglieder erreicht hat, zeigt sich: Für jeden Euro Mitgliedsbeitrag holt die AK für ihre Mitglieder mehr als einen Euro retour. Zudem sind 803.000 AK-Mitglieder vom Beitrag befreit (z. B. Arbeitsuchende, Eltern in Karenz, unter der Geringfügigkeitsgrenze Verdienende, Präsenz- und Zivildienstler und Lehrlinge), diese haben aber dennoch Anspruch auf das volle Leistungsangebot der AK.

# STIMME TUT ETWAS!

## WER WIRD GEWÄHLT?

- ♦ **3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen** wählen im Frühjahr 2019 ihre Interessenvertretung neu, also das ArbeitnehmerInnen-Parlament. Sie bestimmen, was die AK tun soll. In jedem Bundesland werden durch gleiche, geheime und direkte Wahl für jeweils fünf Jahre die Mitglieder der Vollversammlungen, genauer gesagt der Fraktionen, gewählt.
- ♦ **Wie viele KammerrätInnen** in den Arbeiterkammer-Vollversammlungen gewählt werden, hängt von der Zahl der Arbeiterkammer-Mitglieder im jeweiligen Bundesland ab. Das sind, je nach Größe der Kammer, 50 bis 180 KammerrätInnen (Mandate). Die KammerrätInnen wählen die Präsidentin/den Präsidenten, die VizepräsidentInnen sowie die Vorstandsmitglieder. Die KammerrätInnen beraten die Politik der AK in Ausschüssen, etwa Sozial-, Konsumenten- oder Verkehrspolitik. Die Vollversammlung bestimmt die strategische Richtung der AK. Sie bestimmen also mit, wie sich das ArbeitnehmerInnen-Parlament zusammensetzt und um welche Themen sich die AK kümmern soll.

## WO UND WIE GEWÄHLT WIRD

- ♦ **Die AK-Wahl kommt zu den Mitgliedern:** entweder in den Betrieb oder per Brief. In ganz Österreich werden Tausende Betriebswahlsprenkel eingerichtet. Je nach Betriebsstruktur sind mehrere Wahlzeiten und unterschiedliche Wahlorte für einen Betrieb möglich. Die Wahl im Betriebswahlsprenkel kann an einem oder mehreren Tagen innerhalb des jeweiligen Wahlzeitraums stattfinden.
- ♦ **Zum anderen bekommen Wahlberechtigte**, die nicht in ihrem Betrieb wählen können, weil kein Betriebswahlsprenkel eingerichtet ist, automatisch eine Wahlkarte zugesandt. (Achtung: Nicht automatisch Wahlberechtigte müssen sich rechtzeitig in der Wählerliste eintragen lassen.) Mit der Wahlkarte können die Wahlberechtigten einfach und bequem wählen: entweder per Briefwahl oder in einem der öffentlichen Wahllokale.
- ♦ **Wer einem Betriebswahlsprenkel** zugeordnet ist, aber zum Zeitpunkt der Wahl im Betrieb nicht anwesend sein wird, kann ebenfalls – rechtzeitig – eine Wahlkarte beantragen, um seine Stimme per Briefwahl oder in einem der öffentlichen Wahllokale abzugeben.

## WAHLTERMINE

**Die AK-Wahl findet in ganz Österreich zu unterschiedlichen Terminen statt.** Begonnen wird schon Ende Jänner in den westlichen Bundesländern. Den Schluss bildet die Steiermark. Hier findet die Wahl von Ende März bis Anfang April statt. Erst dann kann das Österreich-Ergebnis verkündet werden. Hier eine chronologische Übersicht über alle Wahltermine:

Bundesland	Wahltermine
♦ Vorarlberg	28.01.–07.02.2019
♦ Tirol	28.01.–07.02.2019
♦ Salzburg	28.01.–08.02.2019
♦ Kärnten	04.03.–13.03.2019
♦ Oberösterreich	19.03.–01.04.2019
♦ Burgenland	20.03.–02.04.2019
♦ Niederösterreich	20.03.–02.04.2019
♦ Wien	20.03.–02.04.2019
♦ Steiermark	28.03.–10.04.2019



Im AK-Wahlbüro laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren.

© Erwin Schüh

## MACHEN SIE AUCH IHRE ARBEITSKOLLEGINNEN, FREUNDE UND VERWANDTE AUFMERKSAM:

- ♦ Sie bestimmen mit, wie sich das ArbeitnehmerInnen-Parlament zusammensetzt und um welche Themen sich die AK kümmern soll.
- ♦ Ihre Stimme gibt der AK Gewicht, wenn sich die AK gegenüber Politik und Wirtschaft für Ihre Interessen starkmacht.
- ♦ Nur eine starke AK garantiert eine starke Interessenvertretung.

Alle Infos:  
<https://bit.ly/2RUI03t>



# VOLLER FAMILIENBONUS NUR FÜR GUTVERDIENERINNEN

Seit Jänner gilt der neue „Familienbonus Plus“. Viele profitieren aber nicht oder nicht im vollen Ausmaß davon.

DER SOGENANTE „FAMILIENBONUS PLUS“ ist ein Absetzbetrag in Höhe von 1.500 Euro, den Eltern pro Kind und Jahr bis zum 18. Lebensjahr des Kindes bekommen. Doch das gilt nicht für alle. Zehn Prozent der Haushalte mit Kindern werden von der Steuerentlastung, die die Regierung gerne als „größte Familienentlastung in der Geschichte“ nennt, überhaupt nicht, und weitere 26 Prozent nur teilweise profitieren.

Voll ausgeschöpft werden kann der Familienbonus nämlich erst ab einem Bruttoeinkommen von 1.700 Euro bei einem Kind. Alleinerziehende und -verdienende mit einem geringeren Einkommen erhalten einen Kindermehrbetrag von 250 Euro jährlich. Wer mindestens elf Monate Arbeitslosengeld,



Mindestsicherung oder Leistungen aus der Grundversorgung bezogen hat, geht völlig leer aus. Hinzukommt, dass der Kinderfreibetrag und der Freibetrag für Kinderbetreuungskosten abgeschafft wurden. „Familienfreundlichkeit und eine gerechte Entlastung sehen anders aus“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann.

Ob Sie einen Anspruch auf den Familienbonus haben und wie Sie diesen beantragen können, das und viele andere Fragen und Antworten zum Thema finden Sie in der neuen Broschüre der ÖGB-Frauen „Familienbonus Plus“.

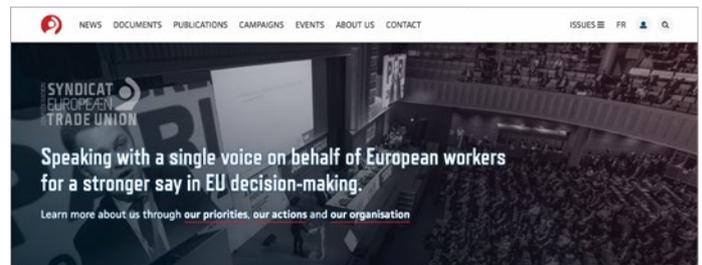
Online lesen unter: [www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at)



## WAHLJAHR 2019

**ARBEITERKAMMERWAHL, EU-WAHL, PERSONALVERTRETUNGSWAHLEN – DAS JAHR 2019 IST EIN WICHTIGES FÜR ARBEITNEHMERINNEN.**

Es gibt nicht nur allgemeine politische Wahlen. Neben der AK-Wahl finden dieses Jahr auch andere wichtige Wahlen statt, bei denen ArbeitnehmerInnen ihre Stimme abgeben können. In ganz Österreich werden 2019 in den Dienststellen von Bundes- und Landesbediensteten (Termin noch nicht fixiert) sowie bei Gemeindebediensteten im Mai Personalvertretungswahlen stattfinden. Das betrifft die Polizei, LehrerInnen, Pflegepersonal in Gemeindespitalern und viele mehr. Außerdem können von 23. bis 26. Mai 2019 in allen Mitgliedsstaaten der EU die Abgeordneten zum Europäischen Parlament gewählt werden. In Österreich findet die EU-Wahl am 26. Mai 2019 statt.



## EGB-KONGRESS IN WIEN

**1973 GEGRÜNDET, SETZT SICH DER EGB FÜR EIN STÄRKERES MITSPRACHERECHT BEI DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IN DER EU EIN.**

Im Mai 2019 findet der nächste Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Wien statt. Dabei wird die Politik des EGB bestimmt, außerdem werden die/der PräsidentIn und die GeneralsekretärInnen gewählt. Der EGB wurde 1973 gegründet und umfasst 90 nationale Gewerkschaftsverbände in 38 Ländern sowie 10 europäische Gewerkschaftsverbände, darunter auch der ÖGB. Im Namen der europäischen ArbeitnehmerInnen setzt er sich für ein stärkeres Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung in der EU, für ein soziales Europa und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle ein. Mehr Informationen zum EGB finden Sie hier: [www.etuc.org](http://www.etuc.org)

# Mit der AK sicher zu Ihrem Recht!

Falsch eingestuft, Abfertigung nicht ausbezahlt – die Arbeiterkammer ist täglich im Einsatz für die ArbeitnehmerInnen.

**ZWEI FÄLLE** aus der jüngeren Vergangenheit zeigen einmal mehr, wie wichtig die Arbeiterkammer ist. Für zwei Bäcker aus dem Bezirk Amstetten wurden rund 18.000 Euro erkämpft. Die Männer (26 bzw. 30 Jahre alt) waren drei bzw. vier Jahre in dem Betrieb tätig, ehe sie den Job wechselten und kündigten. Allerdings blieb ihnen der Arbeitgeber Zahlungen schuldig (Urlaubs- und Weihnachtsgeld), weshalb sie sich an die AK Niederösterreich wandten. Bei der Überprüfung der Abrechnungen kam heraus: Die Männer waren auch jahrelang falsch eingestuft und hatten für ihre Qualifikation viel zu wenig verdient. „Wir haben alle Ansprüche für die beiden betroffenen Arbeitnehmer eingefordert“, so AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.

## **Mehr als 8.000 Euro zurückgeholt**

Im Weinviertel indes „vergaß“ ein Unternehmen nach dem Tod eines dreifachen Familienvaters auf die Abfertigung für die Witwe. Der 59-Jährige verstarb unerwartet im Herbst 2017. Der Gebäudeereiniger war 15 Jahre bei einem Un-



Markus Wieser, AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-NÖ-Vorsitzender

© AK NÖ

ternehmen im südlichen Weinviertel voll erwerbstätig und hatte dort 2.000 Euro brutto verdient. Zwar hatte der Arbeitgeber der Familie kondoliert, die Abfertigung jedoch nicht bezahlt. Nach dem Ende des Verlassenschaftsverfahrens wandte sich die Familie daher an die AK Niederösterreich. „Wir haben für die Hinterbliebenen mehr als 8.000 Euro geholt“, sagt Wieser.

## **„Regierung fehlt jedes Gespür“**

Das sind nur zwei Beispiele für die vielfältigen und umfassenden Aufgaben der AK, die tagtäglich im Einsatz für die ArbeitnehmerInnen steht. Besonders die Nachteile für die ArbeitnehmerInnen rund um die 60-Stunden-Woche und den 12-Stunden-Tag sind

immer häufiger Thema in den Beratungen der ExpertInnen. Hinsichtlich der angeblichen „Freiwilligkeit“ übt Wieser scharfe Kritik an den Verantwortlichen: „Der Regierung fehlt jedes Gespür dafür, wie es in den Betrieben abläuft. Das Arbeitszeitgesetz muss endlich neu verhandelt werden, um die damit verbundenen Nachteile für die Beschäftigten zu beseitigen.“ In Wahrheit gehe es nicht um die Flexibilisierung der Arbeitszeit, das haben die vergangenen Wochen deutlich gezeigt. „Auch die sogenannte Reform der Sozialversicherung geht zulasten der Beschäftigten und ihrer Gesundheit. Vor allem im ländlichen Raum wird dadurch die Versorgungssicherheit gefährdet“, sagt der AK-Niederösterreich-Präsident. Beim Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping hingegen steht die Regierung auf der Bremse. „Obwohl sogar eine Reihe von EU-Sozialministern unsere Sozialministerin aufgefordert hat, sich endlich für die dringend notwendige EU-Arbeitsbehörde zu engagieren, passiert das nicht. Dabei sind wir europaweit am stärksten von Lohn- und Sozialdumping betroffen“, betont Wieser.

**KOMMENTAR** /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

## **FAKE NEWS**



Der Begriff „Fake News“ prägt seit einigen Monaten unangenehm den öffentlichen Diskurs. Gerade im Internet und in den sozialen Medien verbreiten Gegner einer freien liberalen Gesellschaft gerne allerlei Verschwörungstheorien. Sie hetzen gegen vermeintliche politische Gegner, sozial Schwache oder Minderheiten. Dagegen müssen wir, die wir für diese freie offene Gesellschaft eintreten, entschieden auftreten und weiterhin zum Wohle der Menschen arbeiten.

Das wird jedoch dann zunehmend schwerer, wenn die Bundesregierung selbst versucht, Nebelgranaten und bewusste Desinformationen zu Gesetzen zu verbreiten. Bestes Beispiel dafür ist die sogenannte „Freiwilligkeit“ beim 12-Stunden-Tag bzw. der 60-Stunden-Woche. Im Vorfeld der extrem kurzen Begutachtungsfrist zum neuen Gesetz, das überfallsartig beschlossen wurde, haben wir als Gewerkschaften eindringlich darauf hingewiesen, dass das Arbeitsrecht so etwas wie die „Freiwilligkeit“ nicht kennt und dass dieser Scheinbegriff keine Lösung und kein Schutz für die ArbeitnehmerInnen sein wird. Die mahnenden Worte ignorierte die

Bundesregierung und sprach weiterhin wider besseres Wissen von einer Verbesserung für die ArbeitnehmerInnen, der arbeitsrechtliche Schutz sei sogar ausgebaut worden. Heute wissen wir, das waren und sind Fake News. Schon wenige Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes häufen sich die Meldungen über erzwungene Überstunden und Kündigungen, wenn ArbeitnehmerInnen sich weigern, 12 Stunden täglich zu arbeiten. Ich wünsche mir daher eine Bundesregierung, die sich besinnt, den Dialog mit den Sozialpartnern sucht und gemeinsam mit uns die Lebensbedingungen für die Menschen verbessert. Fake News sind dafür kein Beitrag.



# Lohn- und Sozialdumping: neue Hürden

Gewerkschaften drängen seit Jahren auf wirksame Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Der Handlungsbedarf steigt, die Bundesregierung steht auf der Bremse.

**D**ie sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU wird immer stärker genutzt – im Jahr 2007 arbeiteten rund 5,4 Millionen EU-BürgerInnen in einem anderen EU-Land, im Vorjahr 2017 waren es bereits 8,8 Millionen, Tendenz stark steigend. In Österreich liegt der Anteil der Erwerbstätigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft bereits bei 15,6 Prozent. Für die Betroffenen bedeutet das oft nichts Gutes. Allein am Bau betrug die Lohn- und Sozialdumping-Quote von Entsendeunternehmen im ersten heurigen Halbjahr 48 Prozent – jedes zweite ausländische Unternehmen zahlt seinen Beschäftigten also nicht die Löhne, die ihnen zustehen.

## ***Dreister Fall im Burgenland***

Auch unter den österreichischen Unternehmern gibt es schwarze Schafe, die ihre ausländischen ArbeitnehmerInnen ausnützen. Mitte November stieß der ÖGB Burgenland auf einen schweren Fall von Lohndumping. Ein Installateur musste seinem Arbeitgeber regelmäßig einen Teil seines Lohns bar zurückgeben, in den zwei Jahren seiner Beschäftigung sollen dem Mann so rund 15.000 Euro entgangen sein. Der ÖGB Burgenland klagt das Unternehmen, dem eine hohe Geldstrafe droht. Dass der 34-Jährige bereit ist auszusagen, erhöht seine Chancen, dieses Unrecht beweisen zu können – im Gegensatz zu vielen anderen Betroffenen. Die Dunkelziffer schätzen ExpertInnen sehr hoch ein, viele ArbeitnehmerInnen akzeptieren Lohndumping aus Angst, ihren Job zu verlieren bzw. nach einem Rechtsstreit keinen neuen zu finden.

## ***EuGH-Urteil erleichtert Sozialdumping***

Die Gewerkschaften und der ÖGB engagieren sich seit Jahren für faire Arbeitsbedingungen in Europa, ein wirksames Instrument ist das gemeinsam mit der Arbeiterkammer durchgesetzte Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdum-

ping, das im Wesentlichen bedeutet: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Der Kampf gegen die Billigkonkurrenz am Arbeitsmarkt mit all ihren negativen Konsequenzen erlitt allerdings im November einen ordentlichen Dämpfer. Der EuGH entschied, dass eine Bestimmung im österreichischen Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, wonach einem inländischen Dienstleistungsempfänger ein Zahlungsstopp und eine Sicherheitsleistung zur Sicherung einer etwaigen Geldstrafe in einem anderen EU-Staat auferlegt wird, nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist.

***»Um wirklich für Fairness am Arbeitsmarkt zu sorgen, ist die Europäische Arbeitsbehörde längst überfällig.«***

*ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian*

Diese Strafe für Lohndumping sei damit nicht mehr erlaubt, die grenzüberschreitende Vollstreckung funktioniere nicht, daher brauche es einen europäischen Schiedsrichter. Genau diese wichtige Schiedsrichterfunktion könnte eine europäische Arbeitsbehörde einnehmen, wie sie seit März zwar auf der Agenda der EU steht, nicht aber auf jener der österreichischen Bundesregierung, wie ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian kritisiert: „Nach den Gewerkschaften hat auch die Kommission den Missstand erkannt und ihren Vorschlag für die Arbeitsbehörde vorgelegt. Wenn diese Behörde auch wirklich Zähne entwickeln soll, muss sie dort angesiedelt sein, wo es Erfahrung mit der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gibt – wir fordern, dass der Sitz hier in Wien sein soll. Unser ausgezeichnetes Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz hat Vorbildwirkung für die EU. Der Bundesregierung bleibt kaum noch Zeit, um dieses wichtige Projekt in der eigenen Präsidentschaft ins Ziel zu bringen – die ArbeitnehmerInnen verdienen mehr Respekt und Engagement!“

**Bessere  
Antworten  
Wie  
Alles  
Geht.**

Für KreditBox Kunden bis zu  
**10.000  
Euro**  
Extrapolster  
zusätzlich.

**Auf  
Wunsch  
nutzbar**



## NEIN ZUR AUSWEITUNG DER ÖFFNUNGSZEITEN IM OUTLET PARNDORF

2.414 Menschen haben sich in einer Online-Petition gegen Öffnungszeiten bis 21 Uhr im Outlet ausgesprochen. Die Betroffenen – unter ihnen viele Frauen – befürchten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, aber auch massive Nachteile für ihre Familien und die Lebensqualität. „Wir haben diese Petition unterstützt, weil wir als ÖGB die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Das Outlet-Center Parndorf ist einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Region. Als Sozialpartner hoffen wir daher auf gute Gespräche mit dem Management, denn der erfolgreiche Weg kann nur gemeinsam fortgesetzt werden“, betont ÖGB-Regionalsvorsitzender Erich Mauersics.



## LEHRLINGE VERLIEREN HÄLFTE IHRES EINKOMMENS

Im Burgenland machen derzeit 500 junge Menschen eine überbetriebliche Ausbildung. 150 von ihnen wird durch die AMS-Kürzungen der Bundesregierung die monatliche Entschädigung (DLU) von 753 auf 325 Euro gekürzt. Damit verlieren Lehrlinge in den ersten beiden Lehrjahren mehr als die Hälfte ihres Einkommens. „Der Führerschein, ein Auto oder eine eigene Wohnung ist damit für viele Betroffene nicht mehr finanzierbar. Das setzt einen Teufelskreis in Bewegung. Denn wenn sie sich keinen Führerschein und kein Auto leisten können, fehlt ihnen die Mobilität, um zur Praktikumsstelle zu kommen. So schwinden die Chancen auf einen Lehrplatz in einem Betrieb enorm“, kritisiert ÖGJ-Landessekretärin Ramona Pfneiszl.

## REFORM IST EINSEITIG, UNSOZIAL UND UNÜBERLEGT



BEI EINER PROTESTAKTION vor dem Landhaus in Eisenstadt haben rund 200 Betroffene auf die negativen Auswirkungen der geplanten Zwangsfusion der Krankenkassen für Burgenlands Versicherte aufmerksam gemacht. Das

neue Gesetz wird Belastungen für PatientInnen und eine Entmündigung der Versicherten bringen. Künftig werden Arbeitgeber entscheiden, was mit den von den ArbeitnehmerInnen eingezahlten Beiträgen passieren soll. Die BGKK wird künftig um 11 Millionen Euro weniger als Budget zur Verfügung haben, weil der Ausgleichsfonds abgeschafft wird, der bisher die strukturellen Nachteile des Burgenlandes ausgeglichen hat. „Das werden die Versicherten wahrscheinlich mit Selbstbehalten ausgleichen müssen“, befürchtet BGKK-Obmann Hartwig Roth.

## ARBEITNEHMERINNEN WÄHLEN IHRE VERTRETERINNEN

VON 20. MÄRZ BIS 2. APRIL 2019 haben die burgenländischen ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihre VertreterInnen – 50 Frauen und Männer in der Arbeiterkammer-Vollversammlung – für die kommenden fünf Jahre zu wählen. Insgesamt werden etwa 80.000 Menschen, die im Burgenland beschäftigt sind,

wahlberechtigt sein. Zur Wahl gehen können auch Männer und Frauen, die arbeitslos sind, die eine Lehre machen oder die Karenzzeiten in Anspruch nehmen. Sie müssen sich aber über ein Anlageverfahren wahlberechtigt machen, um ins Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden.

## ANTON-BENYA-PREIS FÜR LEHRLINGSAUSBILDUNG



SEIT 1951 HAT die Firma Pfnier in Oberpullendorf 300 Lehrlinge ausgebildet. Viele von ihnen verbrachten ihr gesamtes Arbeitsleben im Betrieb. Nach Möglichkeit werden bei Pfnier jedes Jahr sechs bis acht neue Lehrlinge aufgenommen. Unter ihnen auch Erwachsene mit oder

ohne vorherige abgeschlossene Berufsausbildung, die sich beruflich verändern wollen. Seit 2014 gibt es einmal im Jahr das vom Betriebsrat initiierte „Lehrlings-Lehrherren-Treffen“, bei dem Baumeister Ing. Frank Pfnier jun. den Lehrlingen vermittelt, wie wichtig eine fundierte Berufsausbildung ist. Dafür erhielt die Firma Pfnier den Hauptpreis der Anton-Benya-Stiftung. Nominiert wurde das Lehrlingsprojekt von der Gewerkschaft Bau-Holz. ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann überreichte den Preis an Frank Pfnier sowie den Betriebsratsvorsitzenden Michael Mohl und Jugendvertrauensrat Peter Reitter, beide selbst seit ihrer Lehrzeit bei der Firma Pfnier tätig.

# RICHTIG PAUSE MACHEN

Gehirn und Körper brauchen Arbeitspausen und Erholung, um einwandfrei zu funktionieren. Wie oft, wie lange und in welcher Form sollte man idealerweise Pause machen? Die „Solidarität“ hat die Antwort.

**Jede Arbeit macht müde. Langes Arbeiten oder sehr fordernde Tätigkeiten belasten den menschlichen Organismus besonders stark. Um leistungsfähig zu bleiben, brauchen ArbeitnehmerInnen daher gut gestaltete Pausen sowie ausreichend Schlaf und Erholung.**

Aber die eine, für alle Arbeitswelten optimale Gestaltung von Pausen und Ruhezeiten gibt es nicht. Zu groß sind die Unterschiede zwischen Jung und Alt, zwischen den Beanspruchungen von körperlich und geistig Arbeitenden oder von Beschäftigten mit KundInnen- oder PatientInnenkontakt oder etwa Lkw-FahrerInnen.

Sicher und durch Studien belegt ist jedenfalls, dass von rechtzeitigen (Kurz-) Pausen und ausreichend Ruhezeiten sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte profitieren: Kreativität und Produktivität erhöhen sich, während das Risiko für Unfälle, Abnützungserscheinungen und stressbedingte Erkrankungen zurückgeht.

## **Die wichtigsten Pausentipps**

- ◆ Besser kürzere, aber dafür häufigere Pausen machen!
- ◆ Machen Sie Dehnungs- und Lockerungsübungen am Arbeitsplatz!
- ◆ Besonders bei monotoner Arbeit bieten (Mini-)Pausen die erforderliche Abwechslung.



- ◆ Führen Sie fixe Pausenrituale ein, wie Obst- und Kaffeepausen!
- ◆ Bewegen Sie sich während der Pause!

## **Gute Beispiele für gute Pausen**

Die Tipps für eine gute Pause kann jede/r ArbeitnehmerIn selbst befolgen. Von einer guten Pausenkultur und den positiven Auswirkungen von Ruhezeiten müssen aber auch und vor allem die Führungskräfte überzeugt sein.

Dann sind Veränderungen im Interesse aller Beteiligten möglich. Hier einige Beispiele mit ganz unterschiedlichen Lösungsansätzen:

- ◆ In einem großen Vier-Sterne-Hotel

stellte das Arbeitsinspektorat Überschreitungen der zulässigen Tages- und Wochenarbeitszeit bei den Lehrlingen fest. Die Lösung: Statt der vorher üblichen händischen Stundenaufzeichnungen ermöglicht jetzt ein elektronisches Zeiterfassungssystem den Führungskräften einen besseren Überblick.

◆ Beim Wiener Roten Kreuz gibt es im Kollektivvertrag eine Zusatzvereinbarung, die es ermöglicht, dass Rettungsdienst-MitarbeiterInnen, die erst nach 14.31 Uhr Mittagspause machen können, diese um 10 Minuten verlängern können.

- ◆ Besonders für ältere ArbeitnehmerInnen können längere Freizeitblöcke dazu beitragen, die Arbeitskraft zu erhalten. Die Bauwerk-Kette Hornbach ging hier mit gutem Beispiel voran und führte in Österreich mit 1. Juli 2018 die sechste Urlaubswoche für alle MitarbeiterInnen ein, die seit mindestens einem Jahr im Unternehmen tätig sind. Davon profitieren rund 1.600 Beschäftigte.
- ◆ Ein Produktionsbetrieb im ländlichen Raum errichtete rund um das Werk einen Spazierweg mit Hinweisschildern für Lockerungs- und Dehnungsübungen.

Mehr zum Thema finden Sie in der aktuellen Ausgabe des Magazins „Gesunde Arbeit“: <https://bit.ly/2Qoxew4>

# AUVA kommt nicht zur Ruhe

Kritische Stimmen sind unerwünscht, BetriebsrätInnen lassen sich aber nicht einschüchtern.

**EINMAL MEHR GEHEN** die Wogen in der AUVA hoch. Nachdem die AUVA von der Bundesregierung gezwungen wurde, 500 Millionen ihres Budgets einzusparen und die ArbeitgebervertreterInnen willig das Werk umsetzen, wird nun seit einigen Wochen scharf gegen engagierte GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen geschossen.

## Versuch, Betriebsrat loszuwerden

Den Beginn machte bekanntlich eine E-Mail des ersten Generaldirektorstellvertreters, in der dieser im Auftrag des AUVA-Obmanns Ofner ersuchte, zu erheben und mitzuteilen, ob regierungskritische Unterschriftenlisten des Zentralbetriebsrates aufliegen würden und wer diese aufgelegt habe. Ziel war es, den Zentralbetriebsratsvorsitzenden Erik Lenz einzuschüchtern und ihn in weiterer Folge mit einer Entlassung zu bedrohen. Dafür wurden nun 20.000 Euro der Versicherten für ein rechtliches Gutachten ausgegeben, um gegen kritische Gewerkschafter vorgehen zu können.

## Methoden aus dem 19. Jahrhundert

Für Rudolf Silvan, den Vorsitzenden der Landesstelle Wien, Niederösterreich und Burgenland, ist dieses Vorgehen ein unglaublicher Affront: „Ich habe in den letzten Monaten lange nichts über die Vorgänge in der AUVA gesagt, weil ich der AUVA und vor allem den Beschäftigten nicht schaden woll-



Rudolf Silvan, GBH-NÖ-Landessekretär, Vorsitzender der AUVA-Landesstelle Wien, Niederösterreich und Burgenland

te, aber nun reicht es. Das sind Methoden aus dem 19. Jahrhundert, mit welchen kritische ArbeitnehmervertreterInnen mundtot gemacht werden sollen.“ Das strukturelle Chaos in der AUVA wird durch ein solch sozialpartnerschaftsfeindliches Klima noch verschärft und zeigt deutlich, dass es der Bundesregierung und Teilen der ÖVP nur darum geht, ArbeitnehmervertreterInnen in der Selbstverwaltung zurückzudrängen. „Gerade jetzt bräuchten wir besonnene Sozialpartner, die unabhängig von der Bundesregierung Brücken bauen“, betont Silvan.

## INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND

Rege ist die gewerkschaftliche Arbeit in der Region Wienerwald-Thermenregion.

Ob es Aktionen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen der Metaller sind oder aber Exkursionen der regionalen Gewerkschaftsschule, immer wird versucht, mit realitätsnahen Veranstaltungen den Bezug zur Arbeitswelt herzustellen und Informationen aus erster Hand zu bekommen.



# VBV – Vorsorgekasse Vorsorge & Abfertigung



**KONSUMENT  
TESTSIEGER**  
K1802907  
**VBV**  
Vorsorgekasse AG  
BETRIEBLICHE VORSORGEKASSEN  
8/2018



**Mit  
Nachhaltigkeit  
zum Erfolg**



**KR Mag. Andreas Zakostelsky**  
Vorsitzender des Vorstandes

*„Vielen Dank an alle Betriebsrätinnen und Betriebsräte und alle Mitarbeitenden! Durch Ihr Vertrauen sind wir zur klaren Nr. 1 bei der Abfertigung NEU und bei der nachhaltigen Veranlagung von Sozialkapital geworden.“*

**Es ist Zeit für eine Zwischenbilanz:** Seit der Gründung der VBV – Vorsorgekasse 2002 veranlagen wir die Beiträge zur Abfertigung NEU stabil, nachhaltig und transparent. Dadurch werden Ihre zukünftigen Ansprüche auch in turbulenten Zeiten bewahrt.

Mittlerweile betreut die VBV – Vorsorgekasse rund jeden dritten Arbeitnehmer und jedes dritte Unternehmen in Österreich – und ist damit **Marktführer**. Für dieses Vertrauen bedanken wir uns, es ist gleichzeitig auch Ansporn für die Zukunft. Wir arbeiten täglich zu Ihrem Vorteil: durch die so wichtige nachhaltige Veranlagung mit sozialen und ökologischen Kriterien, die Optimierung unserer Onlineservices und durch unser gelebtes Vorbild bewegen wir die Finanzbranche und investieren in Österreichs Wirtschaft.

Dafür wurden wir mehrfach ausgezeichnet: u.a. mit dem Österreichischen Klimaschutzpreis sowie dem Staatspreis für Unternehmensqualität und zum dritten Mal in Folge als **Testsieger** im Vergleich aller Vorsorgekassen durch den Verein für Konsumentinformation (VKI).

Nähere Auskünfte bei Österreichs führender Vorsorgekasse: ☎ 01 217 01 8123



Vorsorgekasse



## CHANCEN NUTZEN

### MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: VORURTEILE ABBAUEN.

„Das Wichtigste, um gleichberechtigt leben zu können, ist, dass Menschen mit Behinderung die Chance bekommen, einen Arbeitsplatz zu finden“, sagt Herbert Pichler, Leiter des Chancen Nutzen Büros im ÖGB. Nach wie vor gibt es sehr viele Vorbehalte und Ängste in Unternehmen, was den Umgang mit und Zugang zu Menschen mit Behinderung betrifft. Diese entstehen meist aus Informationsmangel.

Das Chancen-Nutzen-Team hat die Verbesserung der Beschäftigungssituation von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung, chronischen und/oder psychischen Erkrankungen zum Ziel und bietet Unterstützung, Beratung, Seminare und Information zu Fördermöglichkeiten an.

Rund 1,7 Millionen Menschen mit Behinderung, chronischen oder psychischen Krankheiten leben in Österreich, und noch immer existiert in Österreich keine vollständige Inklusion. „Diese müsste bereits in der Grundschule beginnen und bis zum Studium durchgezogen werden“, fordert Pichler. Ebenso müsse in den Betrieben mehr sensibilisiert werden.

Mehr Informationen zum Thema und zum Chancen-Nutzen-Büro im ÖGB:  
<https://bit.ly/2Svu469>



## GEGEN GEWALT

### ÖGB-FRAUEN UNTERSTÜTZEN „16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN“.

Ob im privaten Umfeld, am Schulhof oder am Arbeitsplatz – Gewalt an Frauen ist ein ernstes Problem. Jede fünfte Frau in Österreich ist täglich sexueller und/oder körperlicher Gewalt ausgesetzt. Im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“, die jedes Jahr zwischen 25. November und 10. Dezember stattfinden, haben die ÖGB-Frauen auf das Thema aufmerksam gemacht. Die Gewerkschafterinnen fordern unter anderem genügend Beschäftigte im Betrieb und planbare Arbeitszeiten, um Arbeitsdruck und Überlastungen zu verhindern. Nützliche Informationen und Tipps zum Thema bietet die Broschüre „Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz“. Einfach online lesen oder herunterladen: <https://bit.ly/2Qc7C5F>



## PREISVORTEIL

### EXKLUSIVE ANGBOTE FÜR ÖGB-MITGLIEDER.

7,5 Prozent bei kika/Leiner, 10 Prozent auf stromsparende LEDs, 10 Prozent auf Brillen und Kontaktlinsen, 20 Prozent auf ausgewählte Veranstaltungen im Wiener Metropol und vieles mehr: Mit der ÖGB-Card erhalten Mitglieder tolle Angebote und profitieren von vielen Ermäßigungen auf verschiedene Einkaufs-, Kultur- und Bildungsangebote sowie auf Freizeitveranstaltungen und Urlaube. Einfach im Geschäft oder beim Check-in die Mitgliedskarte vorweisen. Ein Überblick über die Angebote, die für alle Gewerkschaftsmitglieder gelten, bietet die ÖGB-Card-Vorteilsplattform. Hier kann man auch die Angebote nach Region filtern.

Mehr Informationen: [preisvorteil.oegb.at](https://preisvorteil.oegb.at)

## ARBEIT&WIRTSCHAFT ONLINE

### NEUES ONLINE-MAGAZIN VON ÖGB UND ARBEITERKAMMER.

Die Zeitschrift Arbeit&Wirtschaft erscheint zehn Mal im Jahr als Schwerpunkttheft gedruckt und ab sofort auch im neuen Online-Magazin. JournalistInnen bearbeiten zahlreiche Schwerpunktthemen auf leicht zugängliche und unterhaltsame Art und Weise. Dabei nehmen sie Bezug auf das ExpertInnenwissen des A&W-Blogs und die Artikel der gedruckten A&W-Zeitschrift. Die ersten Themen sind: Kollektivverträge, Sozialversicherung, 12-Stunden-Tag, Klassenkampf von oben. Aktuelle kommen laufend dazu.

Mehr Informationen:  
[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)  
[facebook.com/AundWMagazin](https://facebook.com/AundWMagazin)  
[www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter](http://www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter)

Leiner

kika

### KÜCHEN-KOMPLETTSERVICE:

- Ausmessen vor Ort
- Computerplanung
- Unverbindlicher Kostenvoranschlag mit Bestpreis-Garantie
- Demontage und Entsorgung alter Ware
- Neuinstallation von Wasser und Strom
- Komplettmontage inkl. der Anschlussarbeiten

# BEST PREIS GARANTIE!

Unsere Kunden kaufen immer garantiert zum BESTEN PREIS. Finden Sie das gleiche Produkt woanders günstiger, zahlen wir Ihnen die Differenz in bar zurück <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Gültig innerhalb von 14 Tagen ab Kaufdatum. Ausgenommen sind Restposten, Abverkäufe, zeitliche Prozentaktionen, Internet- und Auflösungsangebote sowie Teilzahlungsaufträge.

Leiner

kika

## MITGLIEDER- RABATT

# 7,5% <sup>1)</sup>

## BEIM KAUF VON KIKA & LEINER

# GUTSCHEINEN

<sup>1)</sup> Gültig bis 31.12.2018 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Der Vorweis der ÖGB Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt an der Kassa vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

RESTAURANT

Täglich frisch gebackt!

## GUTSCHEIN

Gültig von 28.12.2018 bis 2.2.2019

Leiner



3,60\*  
1,90

**WARMER SCHOKOKUCHEN**  
mit einer Kugel Vanilleeis, Schokosauce und Schlagobers

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. \*Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems.

RESTAURANT

Täglich frisch gebackt!

## GUTSCHEIN

Gültig von 28.12.2018 bis 2.2.2019

kika



3,40\*  
1,90

**KAFFEE & KUCHEN**  
1 Tasse Verlängerter oder Melange und 1 Stück Kuchen

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. \*Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen.



# Pasta mit Radicchio-Tomaten-Sauce

von Florian Kräfner

## Zutaten (für 5 Portionen)

- ◆ 500 Gramm Pasta
- ◆ 100 Gramm Pancetta- oder Speckwürfel
- ◆ 1 rote Zwiebel
- ◆ 1 Knoblauchzehe
- ◆ 1 roter Radicchio, ca. 300 Gramm
- ◆ 2 Dosen geschälte Tomaten
- ◆ Pecorino (oder Parmesan)
- ◆ Olivenöl, Salz, Pfeffer



© Florian Kräfner, Ill.: Isabelle Carhoun

Dieses Rezept ist ein Plädoyer für die Vorratshaltung. Wenn man gewisse grundlegende Dinge immer zu Hause hat, dann muss man nicht auf den Lieferservice ausweichen. Speckwürfel halten im Kühlschrank monatelang, Nudeln und Dosenparadeiser sowieso ewig. Zwiebel, Knoblauch und Parmesan sind zwar an sich verderblich, aber die braucht man so oft, dass sie auch immer parat sein sollten. Der Radicchio war das Einzige, was an

Frischware noch im Kühlschrank war. Weil die Happel dieses bitteren Wintersalats so dicht und fest sind, hält er aber auch locker zwei, drei Wochen unverdorben durch. Zeitaufwand: kaum mehr als die 20 Minuten, die Wasser und Nudeln zum Kochen brauchen. Wasser in einem großen Topf zustellen. In einer großen Pfanne Pancetta-Würfel mit wenig Olivenöl erhitzen. Zwiebel fein schneiden, zur Pancetta geben, drei Minuten schmurgeln lassen. In-

zwischen Knoblauch hacken und Radicchio in feine Streifen schneiden. In die Pfanne geben, weitere drei Minuten mitbraten. Mittlerweile sollte das Wasser kochen – Pasta nach Packungsanleitung bissfest kochen. Tomaten zum Gemüse in die Pfanne geben, köcheln lassen, hin und wieder einen Schöpfer vom Nudelwasser dazugeben, salzen, pfeffern. Wenn die Nudeln fertig sind, mit der Sauce und geriebenem Pecorino servieren.

## SCHRECKENSVISION: WENN TROLLE MIT HASSPOSTINGS REGIEREN



Nach dem Zerfall der EU, nach „Informationskrieg“ und „Hybridkrieg“, ist Europa geteilt, der östliche Teil besteht aus Satellitenstaaten des „Reichs“ (Russland). Die öffentliche Meinung wird mit einem Heer von Trollen gelenkt, mittels wohldosierter Verleumdungen, Fake News und Hasspostings. Der Held von „Troll“ verbringt fünf Jahre im Krankenhaus (übrigens weil das öffentliche Gesundheitssystem weitgehend versagt hat und Impfgegner die Oberhand gewonnen haben), er kommt erst mit 20 Jahren heraus. Er und Johanna, die er dort kennengelernt hat, wollen das

System von innen heraus zerstören. Sie werden Trollen und hetzen mit. „Ich hatte den Eindruck, dass wir uns immer mehr in das Projekt verstricken, gegen das wir ursprünglich einmal hatten kämpfen wollen.“ Werden sie es schaffen,

die Troll-Zentrale mit deren eigenen Mitteln zu schlagen? Hvorecky hat eine bedrohliche Horrorvision geschrieben, die noch schrecklicher wirkt, weil Teile davon schon zur Wirklichkeit geworden sind, seit er 2015 mit diesem Roman begonnen hatte.

»WENN DAS OPFER VERSUCHTE, DEN UNFUG ZU DEMENTIEREN, BEZEICHNETEN WIR ES IM FORUM VON DER ERSTEN SEKUNDE AN ALS LÜGNER UND WIDERLEGTEN SEINE BEHAUPTUNG DURCH EINEN HAUFEN SCHWACHSINN. EIN PAAR MINUTEN SPÄTER ÜBERNAHMEN DIE STORY AUCH JENE MEDIEN, DIE MAN BIS VOR KURZEM NOCH ALS ZURECHNUNGSFÄHIG ERACHTET HATTE.«

**Michal Hvorecky: Troll.** Aus dem Slowakischen von Mirko Kraetsch. Tropen Verlag, 215 Seiten, 18,50 Euro.

Bestellen: [www.diefachbuchhandlung.at](http://www.diefachbuchhandlung.at)

# Verlost werden ...

Zwei Karten für „Die große Symphonie“  
(Wiener Musikverein) am 1. März 2019.

1	2	3	4	5	6	7	

## LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,  
1020 Wien oder [gewinnspiel@oegb.at](mailto:gewinnspiel@oegb.at)

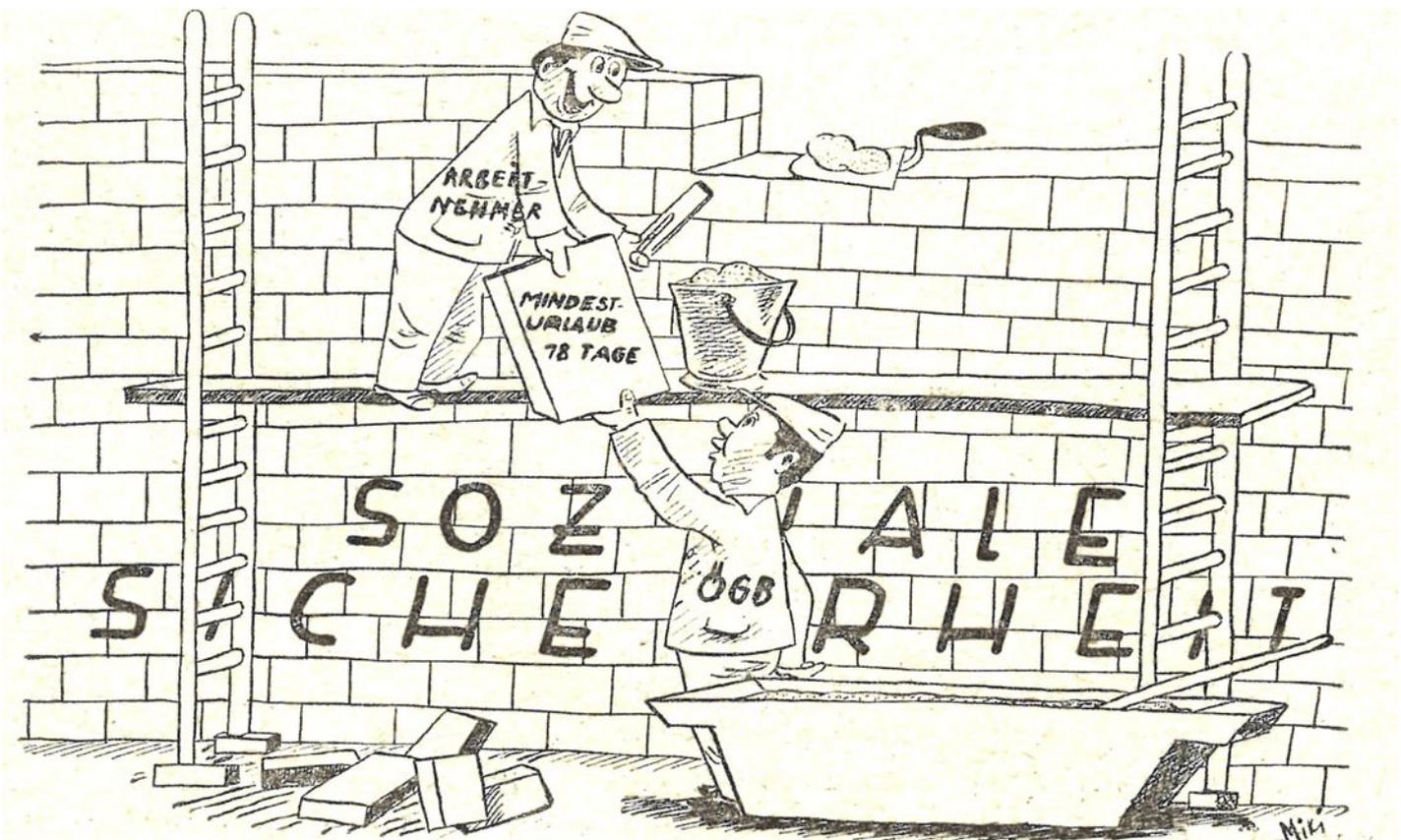
Einsendeschluss: 1. Februar 2019

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 979

■ ■ ■ ■ G ■ ■ ■ I ■ C ■  
 G H E G A ■ S C H O N  
 ■ E N E R G I E ■ U ■  
 P R E I S ■ N ■ S P A  
 ■ B ■ Z ■ K N E T E N  
 ■ S T I L L E ■ A ■ T  
 S T E G ■ E ■ G A B E  
 ■ R ■ V I E R T E L  
 ■ E R B I N ■ O ■ C ■  
 ■ N I E T ■ U B A H N  
 ■ D E T A I L ■ S E I  
 ■ E R T L ■ K A R R E

Muster	▼	Signal der Sirene	▼	Markt im Oberinntal (Tirol)	Karotte	Kloster-vorsteher	Teil einer Dampfmaschine	▼	Ertrags-überschuss	▼
schmerzhaftes Gliederreiben	▶						bevor	▶		
Schmiermittel	▶			Nahverkehrsmittel (Kurzw.)					Krustentier	
Schank-, Anrichtefisch	▶	○ 2					Sportgerät Teil der Radaufhängung	▶		○ 6
▶			○ 3	Tumor, Geschwulst (Med.)		nicht nahe	▶			
Stadt an der Traun, in OÖ	▶	männliche Katze		ugs.: schreien, lärmern						
Brennstoff für alte Loks	▶					Pflanzenklettertrieb		Schloss in Tirol		Sport-ruderboot
▶			Zeitgeschmack		Ausflug dickflüssig					
deutscher Lkw-Hersteller (Abk.)	▶		öst. Komponist † 1791 fertig gekocht		○ 4				Großmutter	
krankhaft selbst-bezogen	▶						Erdart	○ 7		
▶		○ 1		Flechten, Hautaus-schläge						
Temperatur-einheit	▶	Folge, Serie		○ 5			selten	▶		®

s1112-67



Aus dem Archiv: Solidarität Nr. 427/Dezember 1964

# HERR WALTER, WAS KÖNNEN SIE MIR EMPFEHLEN?



## BERUF(UNG): KELLNER

„Wie so oft, die Liebe zum Beruf“, nennt Walter Bergmann die wichtigste Voraussetzung für den Beruf des Kellners. Er hält kurz inne, schmunzelt und meint: „Diese Liebe kann gestärkt durch die Umstände oder vermiest durch die Bedingungen werden.“ Im Sommer 1968 begann er mit der Lehre im Hotel Imperial an der Wiener Ringstraße. Kaum ausgelernt, zog es ihn „auf Saison“, wo seine Liebe zum Beruf gleich auf eine harte Probe gestellt wurde. „Ein nobles Haus, gute Gäste, für das Personal ein Massenquartier, schlechte Verpflegung und bedenkliche Arbeitsbedingungen“, erzählt Bergmann. Der Einberufungsbefehl zum Bundesheer war da sozusagen „meine Rettung“.

Kaum abgerüstet, zog es ihn wieder „auf Saison“ quer durch Österreich, Deutschland und die Schweiz, dazwischen aber auch immer wieder ins Imperial, an die Stätte seiner Lehre. Seine Erfahrungen gab er auch als Lehrer

an der Gastgewerbefachschule am Judenplatz in Wien an den Nachwuchs weiter, um dann am 4. September 1994 im Café-Restaurant Engländer in der Wiener Innenstadt zu „landen“.

Herr Walter, wie er seither genannt wird, konnte sich nun voll entfalten. Sein Schmäh war schnell beliebt. Herr Walter schmunzelt wieder und korrigiert: „Ich höre zu, blicke meinen Freunden in die Seele und spreche ihnen dann aus der Seele.“ Anfang 2018, nach beinahe 50 Jahren im Gastgewerbe, der Ruhestand. Aber nur für sieben Monate. Einerseits fragten die Stammgäste nach dem „Herrn Walter“, andererseits wollte bei ihm nicht wirklich Ruhe einkehren. Inzwischen arbeitet er wieder geringfügig beschäftigt an zwei Tagen in der Woche. Und es heißt nun wieder: „Herr Walter, was können Sie mir empfehlen?“

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank